

# Pressemitteilung

Hilden, 24. Juni 2013

## Dieter Donner

Pressekoordinator der **Stopp Bayer-CO-Pipeline** Initiativen  
Monheim, Hilden, Langenfeld, Erkrath, Ratingen, Solingen, Düsseldorf

Humboldtstraße 64  
40723 Hilden  
Telefon (02103) 65030  
[dietersdonner@arcor.de](mailto:dietersdonner@arcor.de)

Mehr als 110.000 Menschen und 10 Städte  
mit 1,5 Millionen Einwohnern fordern:  
Keine Risiko-Leitung durch Wohngebiete



## Wer hat Angst vor NRW-Bürgern und verunglimpft Kritiker als "Wutbürger"?

Erstaunlich undifferenziert wurden freiheitsliebende türkische Bürger und jüngst auch Menschen, die sich in Brasilien gegen Steuerverschwendung und Korruption aufgelehnt haben, als "Wutbürger" tituliert.

Jüngste Presseberichte lassen vermuten, daß die Altherrenriege der NRW-Wirtschaft in diesem Fahrwasser jetzt auch versucht, gegen kritische Geister in der NRW-Bürgerschaft aufzurüsten. Da wird vom Chemie Präsidenten wieder Blockade vermutet und es werden Gegenmaßnahmen gefordert, um das umstrittene Fracking auch in Deutschland durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang wird dann auch als ein Beispiel der Bürgerproteste gegen die Bayer-CO-Pipeline herangezogen. Auch da soll sich Bürgerwiderstand angeblich gegen Dreck, Krach und Unbequemlichkeiten aus der Industrie richten und gegen eine angeblich fertiggestellte Pipeline.

Hierzu ist zunächst richtigzustellen, dass es bei der CO-Giftgas-Pipeline nicht um Unbequemlichkeiten sondern für die betroffenen Anwohner um Leben oder Tod geht. Denn Rettungswehren und Polizei haben schon längst offenbart: Wir können nicht retten!

Zudem ist die Pipeline mitnichten fertiggestellt, da Bayer selbst umfangreiche Änderungen erst in 2012 beantragt hat, die im November 2013 gegen 24.000 Einwendungen noch verhandelt werden müssen. Als Teil dieser Änderungen müsste Bayer fast die gesamte Leitungstrasse nochmals "überarbeiten".

Diese und noch viele weitere Versäumnisse haben die Bürger faktensicher aufgedeckt und dabei sogar die Gerichte überzeugt, diesen Pipelinebau als rechtswidrig anzusehen. Und die nächste gerichtliche Verhandlungsrunde steht auch noch an.

Wir meinen, das gehört zu einem Rechtsstaat und hat mit Bürgerrechten zu tun, aber nichts mit "Wut der Bürger", obwohl man auch dies in diesem bereits mehr als sechs Jahre dahin schlingenden Verfahren verstehen könnte!